

Mandatsbedingungen der Franke Rechtsanwälte

Bei Auftragserteilung, die ausschließlich über Fernkommunikationsmittel (E-Mail, Telefon, Telefax), erfolgt, ist die Kanzlei Franke Rechtsanwälte (nachfolgend **Kanzlei** genannt) nach den §§ 312c, 312d Abs. 1 BGB verpflichtet, zur vorvertraglichen Information nach Art. 246a EBGB.

§ 1 Allgemeines

1.(1) Die nachfolgenden allgemeinen Mandatsbedingungen gelten für sämtliche Mandatsbeziehungen in der jeweilig gültigen Fassung.

1.(2) Als Unternehmer bezeichnet man eine natürliche oder juristische Person oder eine rechtsfähige Personengesellschaft, die bei Abschluss eines Rechtsgeschäfts in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbstständigen beruflichen Tätigkeit handelt.

1.(3) Als Verbraucher bezeichnet man jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließt, die überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbstständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können.

§ 2 Abschluss des Anwaltsvertrages

2.(1) Ein Mandatsverhältnis kommt nicht durch das Zusenden von Unterlagen oder einer Nachricht auf einem Anrufbeantworter zustande.

2.(2) Hat die Kanzlei nach Kontaktaufnahme durch den Mandanten per E-Mail, Fax oder mündlich ein Angebot unterbreitet, ist dieses für einen Zeitraum von 8 Tagen gültig. Ein kostenpflichtiges Mandatsverhältnis kommt erst dann zustande, wenn der Mandant das von der Kanzlei unterbreitete Angebot annimmt. Die Annahme des Angebotes kann per E-Mail, Fax oder Brief erfolgen.

§ 3 Bearbeitungsgrundsätze und gegenseitige Pflichten

3.(1) Die Bearbeitung des Mandats setzt die Überlassung von Unterlagen bzw. Informationen durch den Mandanten an die Kanzlei voraus. Insoweit verpflichtet sich der Mandant, diese zur Bearbeitung notwendigen schriftlichen Unterlagen bzw. Informationen postalisch in Kopie, per Fax oder per E-Mail an die Kanzlei zu

übersenden. Rechtsnachteile (z.B. Fristversäumnisse), die aus der nicht rechtzeitigen Zurverfügungstellung von Unterlagen und Information resultieren, gehen zulasten des Mandanten.

3.(2) Zur sorgfältigen und gewissenhaften Bearbeitung des Mandats ist eine korrekte und umfassende Information der Kanzlei notwendig. Hierzu ist erforderlich, dass der Mandant die Kanzlei über sämtliche mit dem Mandat zusammenhängenden Tatsachen umfassend und wahrheitsgemäß informiert und sämtliche relevanten Unterlagen übermittelt. Für Beratungsfehler, die auf eine fehlerhafte oder unvollständige Unterrichtung durch den Mandanten zurückzuführen sind, übernimmt die Kanzlei keine Haftung, es sei denn bei grob fahrlässigen oder vorsätzlichen Handeln.

3.(3) Bei einer elektronischen Kommunikation per E-Mail kann eine Geheimhaltung nicht vollständig garantiert werden. Bei unverschlüsselten E-Mails ist nur eine eingeschränkte Vertraulichkeit gewährleistet. Die Kanzlei weist darauf hin, dass unverschlüsselte E-Mails gegen die Einsichtnahme Dritter nicht geschützt sind.

Soweit der Mandant der Kanzlei eine E-Mail-Adresse mitgeteilt hat, willigt er – jederzeit widerruflich – ein, dass die Kanzlei berechtigt ist, ihm mandatsbezogene Informationen per E-Mail zu übersenden.

3.(4) Die Kanzlei wird den Mandanten über den wesentlichen Fortgang des Mandats vorrangig per E-Mail, Post, Fax oder Telefon unterrichten. Die Korrespondenzsprache ist Deutsch.

§ 4 Haftung, Gewährleistung

4.(1) Für sämtliche von der Kanzlei erbrachten Dienstleistungen besteht ein gesetzliches Mängelhaftungsrecht. Für die Haftung und Gewährleistung gelten die gesetzlichen Vorschriften.

4.(2) Die zuständige Aufsichtsbehörde der Kanzlei ist die Rechtsanwaltskammer Celle, Bahnhofstraße 5,2 9221 Celle.

Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sind aufgrund der Bundesrechtsanwaltsordnung verpflichtet, eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Mindestversicherungssumme von 250.000,00 € zu unterhalten. Die Kanzlei hat bei der HDI Versicherung AG, Riethorst 2, 30659 Hannover, eine entsprechende Berufshaftpflichtversicherung abgeschlossen.

§ 5 Beendigung des Anwaltsvertrages

Das Mandatsverhältnis endet in der Regel durch Erledigung des Auftrages. Dessen ungeachtet sind beide Parteien berechtigt, das Mandatsverhältnis jederzeit aus wichtigem Grund zu kündigen. Der Mandant wird darauf hingewiesen, dass er im Falle einer Kündigung ohne wichtigen Grund zur Vergütung der von der Kanzlei erbrachten Dienstleistungen verpflichtet bleibt.

§ 6 Vergütung

6.(1) Der Kanzlei steht für die erbrachten Leistungen eine Vergütung zu. Diese ist ausschließlich vom Mandanten geschuldet. Ein bestehender Kostenerstattungsanspruch oder ein Vertrag mit einer Rechtsschutzversicherung entbinden den Mandanten nicht von dieser Vergütungspflicht. Für jedes erteilte Mandatsverhältnis entsteht ein Vergütungsanspruch.

6.(2) Die Vergütung für die von der Kanzlei erbrachten Leistungen richtet sich nach dem RVG (Rechtsanwaltsvergütungsgesetz), sofern keine gesonderte Vergütungsvereinbarung zwischen der Kanzlei und dem Mandanten getroffen wurde.

6.(3) Bei Mandatserteilung ist die Kanzlei berechtigt, einen Vorschuss in Höhe der voraussichtlich entstehenden Vergütung und Auslagen zu verlangen und die Aufnahme bzw. Fortsetzung der Tätigkeit von der Zahlung des Vorschusses abhängig zu machen.

§ 7 Information bei Fernabsatzverträgen

Für die Kanzlei gelten folgende berufsrechtliche Regelungen (im Volltext unter „Berufsrecht“ auf www.brak.de)

- Bundesrechtsanwaltsordnung
- Berufsordnung der Rechtsanwälte
- Gesetz über die Vergütung von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten

§ 8 Sonstiges

8.(1) Änderungen und Ergänzungen dieser Bedingungen bedürfen der Schriftform. Mit der ausdrücklichen Einbeziehung der allgemeinen Mandatsbedingungen durch den Mandanten wird für den Einzelfall vereinbart, dass der Schriftformzwang auch für die Aufhebung des Schriftformerfordernisses gilt. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.

8.(2) Ist der Mandant Kaufmann oder eine juristische Person, ist ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag Hannover. Dasselbe gilt, wenn der Mandant keinen allgemeinen Gerichtsstand in Deutschland hat oder der Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthalt im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist. Für Aktivklagen der Kanzlei gegen den Mandanten gilt der Sitz der Kanzlei als vereinbart.

8.(3) Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages mit dem Mandanten einschließlich dieser Mandatsvereinbarung ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so wird hierdurch die Gültigkeit

der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die ganz oder teilweise unwirksame Regelung soll durch eine Regelung ersetzt werden, deren wirtschaftlicher Erfolg dem der unwirksamen Bestimmung möglichst nahekommt.

§ 9 Widerrufsbelehrung

Für Verbraucher (jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließt, die überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbstständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können) gilt das folgende:

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist über 14 Tage beginnt ab dem Tag des Vertragsschlusses.

Um ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie die Kanzlei mittels einer eindeutigen Erklärung (z.B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren.

Der Widerruf ist zu richten an:

Franke Rechtsanwälte
Gneisenaustraße 4
30175 Hannover
Telefax: 0511 7680 11 17
E-Mail: info@franke-rechtsanwaelte.de

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, hat die Kanzlei Ihnen alle Zahlungen, die diese von Ihnen erhalten hat, spätestens binnen 14 Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrages hier eingegangen ist.

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistungen während der Widerrufsfrist beginnen sollen, so haben Sie der Kanzlei einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt der bereits von der Kanzlei erbrachten Dienstleistungen entspricht.

Hinweis zum Erlöschen des Widerrufsrechts

Das Widerrufsrecht erlischt spätestens 12 Monate und 14 Tage nach dem in § 356 Abs. 2 BGB oder 355 Abs. 2 S. 2 BGB genannten Zeitpunkt.

Das Widerrufsrecht erlischt vorzeitig, soweit die Parteien nichts anderes vereinbart haben, mit vollständiger Erbringung der Dienstleistung, wenn die Kanzlei die Dienstleistung vollständig erbracht hat und mit der Ausführung der Dienstleistung erst begonnen hat, nachdem der Verbraucher dazu seine ausdrückliche Zustimmung gegeben hat und gleichzeitig seine Kenntnis davon bestätigt hat, dass er sein Widerrufsrecht bei vollständiger Vertragserfüllung durch die Kanzlei verliert.

Widerrufsformular

Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden Sie es zurück.

An
Franke Rechtsanwälte
Gneisenaustraße 4
30175 Hannover
Telefax: 0511 7680 11 17
E-Mail: info@franke-rechtsanwaelte.de

Hiermit widerrufe(n) ich/wir (*) den von mir/uns abgeschlossenen Vertrag über den Kauf der folgenden Waren (*)/die Erbringung der folgenden Dienstleistung (*)

Bestellt am(*)/erhalten am (*): _____

Name des/der Verbraucher(s): _____

Anschrift des/der Verbraucher(s): _____

Datum

Unterschrift des/der Verbraucher(s)

(*) Unzutreffendes streichen